



14. März 2017

## Wissen über Öffentlichen Gesundheitsdienst fördern

### 7. Delegiertenversammlung beriet über Weiterbildung, ÖGD und Digitalisierung

Eine volle Tagesordnung erwartete die Delegierten bei ihrer 7. Delegiertenversammlung am 13. März 2017. Zentrale Themen waren erneut die ambulante geriatrische Versorgung in Bremen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Attraktive Weiterbildung sowie ein Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Öffentlicher Gesundheitsdienst.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Dr. Heidrun Gitter aus der Arbeit im Bundesvorstand und von den Vorbereitungen für den 120. Deutschen Ärztetag im Mai in Freiburg. Die Arbeit an der Novelle der Musterweiterbildungsordnung (MWBO) wird bis dahin wohl nicht abgeschlossen sein. Es ist eher davon auszugehen, dass die MWBO frühestens 2018 in Gänze abgestimmt werden kann. In Freiburg werde voraussichtlich aber schon der allgemeine Teil wie auch die Facharztbezeichnungen und Gebietsdefinitionen für alle Fachgebiete sowie auch Weiterbildungszeiten präsentiert. Es gehe beim Ärztetag eher darum, ein Votum zu bekommen, ob die Novelle die richtige Richtung habe.

Mehrere Delegierte fragten, inwieweit inhaltliche Diskussionen möglich seien und die Ärztekammer Bremen Einfluss auf die inhaltliche Neuausrichtung einzelner Gebiete nehmen könne. Gitter erläuterte, dass für die großen Fachgebiete seit Mitte 2014 Arbeitsgruppen der Bundesärztekammer die Vorschläge der Fachgesellschaft diskutiert und eine einheitliche Struktur erarbeitet hätten. In den Arbeitsgruppen waren hauptamtliche Mitarbeiter sowie von den Landesärztekammern entsandte Fachvertreter eingesetzt. Arbeitsergebnisse wurden fortlaufend in den Gremien der Bundesärztekammer berichtet, auch in der Ständigen Konferenz Weiterbildung, in der die Ärztekammer Bremen mit mehreren Mitgliedern vertreten ist. Dort würden auch inhaltliche Änderungen diskutiert.

Dabei werde auch eine möglichst flächendeckende Akzeptanz der Vorschläge beachtet, um eine bundeseinheitliche Umsetzung der MWBO zu erreichen. Die letzte Entscheidung bleibt dem Vorstand der Bundesärztekammer vorbehalten. Auf dem Ärztetag selbst wurde vor einigen Jahren beschlossen, inhaltliche Diskussionen zur MWBO nicht zuzulassen, da dies den zeitlichen Rahmen der Tagung sprengte. Weitere Schwerpunkte des Deutschen Ärztetages sind die Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie der Sachstand zur Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ).

### Beschluss nicht revidieren

In ihrer letzten Sitzung hatte die Delegiertenversammlung das Arbeitspapier zur „Geriatrischen Versorgung im Land Bremen“ verabschiedet. Die Arbeitsgruppe definierte darin Anforderungen an die Strukturqualität, damit eine – aus medizinischer Sicht – gute Versorgung geriatrischer Patienten auf allen Versorgungsebenen gewährleistet werden kann. Bei der Diskussion äußerten einige Delegierte den Wunsch, das Arbeitspapier nochmals auf die Tagesordnung zu setzen. Zwei Delegierte hatten dazu Anmerkungen und Änderungsvorschläge eingereicht, die den Delegierten vorlagen.



Mehrere Delegierte betonten, dass das Papier zur geriatrischen Versorgung auf der letzten Sitzung politisch beschlossen worden sei, so dass ein Revidieren dieses Beschlusses die Delegiertenversammlung wenig glaubwürdig mache. Dennoch könne es sinnvoll sein, einzelne Punkte inhaltlich weiter zu diskutieren. Die Delegiertenversammlung lehnte daraufhin einen Antrag ab und verwies den anderen in die Arbeitsgruppe „Geriatric“, die bereits signalisiert hatte, in einem erneuten Treffen Ergänzungsvorschläge mit beiden Delegierten zu diskutieren.

### **Attraktive Weiterbildung in Klinik und Praxis**

Junge Ärztinnen und Ärzte wünschen sich von ihrer Ärztekammer transparente und leicht zugängliche Informationen über die Weiterbildungsmöglichkeiten im Land Bremen. Das ist die Quintessenz der Arbeitsgruppe „Attraktive Weiterbildung in Praxen und Krankenhäusern“, in der elf junge Ärztinnen und Ärzte gemeinsam ihre Anforderungen und Ideen für eine Verbesserung der Weiterbildung in Bremen und Bremerhaven erarbeitet haben.

Die Initiative ging von der Liste „Junge Medizin“ aus. Dr. Daniel Siedenhans und Lara Serowinski, die beiden Delegierten der Liste und gerade selbst in Weiterbildung, wünschten sich einen konstruktiven Austausch mit Gleichgesinnten über Erfahrungen und Probleme in der Weiterbildung und schlugen die Einrichtung der Arbeitsgruppe vor. Die Ärztekammer hatte daraufhin im Mai 2016 rund 500 Ärztinnen und Ärzte angeschrieben und für Mitarbeit in der Arbeitsgruppe geworben, die von der Delegiertenversammlung am 20. Juni 2016 dann offiziell eingerichtet wurde. Daniel Siedenhans als Vorsitzender der Arbeitsgruppe stellte der Delegiertenversammlung am 13. März 2017 nun ein entsprechendes Arbeitspapier mit Zielen und Ideen zur Weiterbildung im Land Bremen vor.

Gleich zu Beginn der Beratungen in der Arbeitsgruppe sei deutlich geworden, dass es primär darum gehe, mehr Transparenz über die Weiterbildungssituation in Bremen herzustellen. Vor allem gebe es nur wenig Information für die eigene Weiterbildungsplanung. Hier fehlten der Arbeitsgruppe Besonderheiten sowie Vor- und Nachteile der Weiterbildungsstellen. Als wesentliches Ziel riefen die Mitglieder der Arbeitsgruppe daher aus, die Informationen und die Informationswege für Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung zu verbessern. Auch die Rolle der Ärztekammer als Stütze bei Fragen und Problemen während der Weiterbildung soll gestärkt und hervorgehoben werden.

### **Information über Weiterbildung fehlt**

Drei konkrete Maßnahmen schlägt die Arbeitsgruppe vor. Ein neuer Flyer soll als Wegweiser zur Unterstützung beim Einstieg in die Weiterbildung fungieren. Die Arbeitsgruppe schlägt weiterhin einen eigenen Bereich auf der Homepage der Ärztekammer vor, der unter der Schlagwort „Wegweiser Weiterbildung“ Aktuelles wie einen direkten Link zur Befugtenliste, eine kurze Beschreibung der stationären Einrichtungen mit Link zur Homepage, Weiterbildungskonzepte zum Download, Informationen über Stammtische sowie eine Info- und Tauschbörse vorhalten soll. Drittens sollen die Weiterbildungsstätten inklusive der Weiterbildungskonzepte auf der Internetseite der Ärztekammer vorgestellt werden.

Die Delegiertenversammlung nahm die Ideen der Arbeitsgruppe sehr positiv auf. Viele Weiterzubildende würden erst am Ende ihrer Weiterbildung feststellen, welche Unterlagen sie zum Nachweis ihrer Zeiten benötigten, auch weil sie wenig über die Dokumentation wüssten. Darum sei es wichtig, den jungen Kolleginnen und Kollegen so viele Informationen wie möglich zugänglich zu machen.



Die Idee, auch Weiterbilder mit in die Arbeitsgruppe aufzunehmen, wurde eher kritisch gesehen. „Der Charme der Arbeitsgruppe besteht ja vor allem darin, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen sich untereinander über ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten austauschen können“, sagte Dr. Heidrun Gitter, die Präsidentin der Ärztekammer. Sie regte aber an, einen Termin der Arbeitsgruppe für den Austausch mit Weiterbildungsbefugten einzuplanen. Nach dieser kurzen Debatte stimmte die Delegiertenversammlung dem Arbeitspapier und der Fortführung der Arbeitsgruppe einstimmig zu.

### **Nur wenig Wissen über Aufgaben und Arbeitsweise des ÖGD**

In einem weiteren Tagesordnungspunkt gab Franz-Josef Blömer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer, einen Zwischenbericht der Arbeitsgruppe „Öffentlicher Gesundheitsdienst“. Die Arbeitsgruppe hat in mehreren Sitzungen ein Arbeitspapier entwickelt, in dem konkrete Ziele für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) benannt wurden, und wollte von der Delegiertenversammlung nun ein Votum, ob sie in der Richtung weiterarbeiten soll.

Die Arbeitsgruppe fordert, das Wissen über die Aufgabe und Arbeitsweise des ÖGD in Bremen und Bremerhaven in Ärzteschaft und Bevölkerung zu verbessern. Auch die Kommunikation zwischen den Gesundheitsämtern und den in Klinik und Praxis tätigen Ärztinnen und Ärzten muss verbessert werden. Bei besserer Verbreitung von Informationen über die Gesundheit und Krankheit der Bremer Bevölkerung in der Ärzteschaft könnte sich ärztliches Handeln besser daran orientieren. Die Arbeitsgruppe schlägt weiterhin vor, die Ressourcen der Gesundheitsämter und des ÖGD anzupassen und den ÖGD mehr in die Planung und Gestaltung regionaler Versorgungskonzepte insbesondere im Hinblick auf sogenannte soziale Brennpunkte einzubeziehen, um diese Ziele erreichen zu können.

Mehrere Delegierte regten an, die Kooperation mit dem vertragsärztlichen Bereich noch stärker herauszuarbeiten. Über die den Gesundheitsämtern obliegende Heilpraktikerprüfung wurde kritisch diskutiert. Der Heilpraktikerberuf gehöre abgeschafft, so der einhellige Tenor. Nach der Debatte stimmten die Delegierten mehrheitlich dafür, dass die Arbeitsgruppe in der Richtung weiterarbeiten soll. In der Juni-Sitzung soll das endgültige Papier vorgestellt und verabschiedet werden.

### **Digitalisierung der Sitzungsunterlagen**

In einem weiteren Antrag hatten sich die Delegierten auf Anregung von Dr. Björn Ackermann damit zu beschäftigen, ob sie in Zukunft ihre Sitzungsunterlagen in digitaler Form erhalten möchten. Franz-Josef Blömer stellte mehrere Möglichkeiten der elektronischen Bereitstellung der Unterlagen vor. Möglich wäre zum Beispiel ein passwortgeschütztes PDF, das per E-Mail verschickt werde. Claus Pfisterer, der Justitiar der Ärztekammer, gab zu bedenken, dass es bei der Versendung der vertraulichen Sitzungsunterlagen Fristen gebe, die auch bei der elektronischen Bereitstellung der Unterlagen einzuhalten seien. Eine weitere aber aufwendige Möglichkeit sei, ein Wiki einzurichten, in dem die Unterlagen hinterlegt werden. Hier sei zu bedenken, dass die Delegierten immer ein Tablet oder Laptop mitbringen müssten, auf dem das Wiki installiert wäre und auf das man zudem über das Internet zugreifen müsste.

Ackermann selbst hatte vorgeschlagen, in dem von fast allen Delegierten genutzten Mitgliederportal einen geschützten Bereich mit den Sitzungsunterlagen einzurichten, aus dem die Delegierten ihre Unterlagen herunterladen könnten. Da das Mitgliederportal derzeit



modernisiert werde und die finanziellen Mittel dafür im aktuellen Haushalt schon eingeplant sind, könnte diese Lösung den Delegierten bis Anfang 2018 zur Verfügung stehen. Mit großer Mehrheit unterstützten die Delegierten Ackermanns Vorschlag, die Sitzungsunterlagen perspektivisch digital zur Verfügung zu stellen.

### **Deutscher Ärztetag 2022 in Bremen**

Schließlich hatten die Delegierten noch darüber zu entscheiden, ob die Ärztekammer Bremen den 125. Deutschen Ärztetag im Jahr 2022 nach Bremen einladen soll. Zuletzt hatte der Deutsche Ärztetag im Jahr 2004 in Bremen getagt. Zu bilden wäre dafür eine Rücklage im Haushalt in Höhe von etwa 150.000 Euro. Der Großteil der Veranstaltungskosten werde zwar von der Bundesärztekammer übernommen, die Landesärztekammern laden aber traditionell zum Präsidentenessen am Vorabend des Ärztetages ein, richten den Empfang nach der Eröffnungsveranstaltung aus und organisieren den Gesellschaftsabend. Die Delegiertenversammlung erklärte sich damit einverstanden, dass die Ärztekammer Bremen den 125. Deutschen Ärztetag im Jahr 2022 nach Bremen einlädt.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 14. Juni 2017 um 20 Uhr statt.